

DIE ZAHL

36

Prozent der Besitzer eines sechsjährigen Autos, die auf dem Portal des Vergleichsdienstes Comparis dieses Jahr Autoversicherungen verglichen haben, haben Vollkasko abgefragt. Bei zehnjährigen Autos sind es noch 16 Prozent und selbst bei 19jährigen Autos noch fast 9 Prozent. «Viele Schweizer



Autofahrer sind übervorsichtig» und «unnötig versichert», folgert Comparis, denn: «In der Regel lohnt sich eine Vollkasko wegen des Wertverlustes nicht für Autos, die älter als vier, fünf Jahre sind», sagt Comparis-Sprecher Felix Schneuwly. Allerdings: Wer nur Teilkasko hat, muss genügend Geld haben, um bei einem selbstverschuldeten Unfall teure Reparaturen oder ein neues Auto bezahlen zu können. Insgesamt hat Comparis 450 000 Vergleiche von Autoversicherungen ausgewertet. Für Neuwagen wurden in 94 Prozent der Fälle Vollkasko abgefragt, für 4 Prozent Teilkasko und nur in 2 Prozent der Fälle lediglich die gesetzlich vorgeschriebene Haftpflichtversicherung. In den allermeisten Fällen «unnützlich» sei übrigens der Zusatz «Deckung Insassen». Dieser lohne sich nur für Autofahrer, die regelmässig Beifahrer aus dem Ausland transportieren. Denn wer in der Schweiz lebt, muss obligatorisch gegen Unfall versichert sein. (T.G.)

Auguren gehen über die Bücher

ZÜRICH. Nach der schwachen Entwicklung der Schweizer Wirtschaft im 2. Quartal 2014 gehen die Konjunkturauguren über die Bücher. Die Credit Suisse (CS) und die BAK Basel Economics senken ihre Prognosen für das Wachstum des diesjährigen Bruttoinlandsproduktes jeweils von 2% auf 1,4%. Für 2015 korrigiert die CS ihre Vorhersage von 1,8% auf 1,6% und die BAK ihre von 2,3% auf 1,0%. Der Superzyklus aus tiefen Zinsen, einem Boom der Immobilienpreise und hohen Einwanderungsraten laufe aus, sagt CS-Ökonom Claude Maurer. Und die Binnenwirtschaft verliere an Dynamik. Der Privatkonsum wachse verlangsamt, die Erholung der Exportwirtschaft sei zu verhalten. (sda)

ABB passt die Strukturen an

LONDON. ABB will besser werden, aber nicht grundlegend anders. Die neue Strategie «Next Level» bestätigt die bisherige Stossrichtung. Nachhaltige Wertschöpfung, Rentabilität, Wettbewerbsfähigkeit und vorsichtiges Risikomanagement sollen im Zentrum stehen, wie ABB-Chef Ulrich Spiesshofer am Investorentag in London sagte. Während Vorgänger Joe Hogan vor allem auf Zukäufe setzte, stehen jetzt Integration und Bereinigung im Vordergrund. Wachsen will ABB aber weiterhin. Organisatorisch wird ABB von acht Regionen auf drei gestrafft (Europa, Amerika sowie Asien, Mittlerer Osten und Afrika). Ausserdem legt ABB ein Aktienrückkaufprogramm über 4 Mrd. \$ auf. (sda)

«Schlimm in die Irre geführt»

Im Streit um die Unabhängigkeit Schottlands ziehen wirtschafts- und finanzpolitische Vorstellungen der Nationalisten Kritik nach sich. Ein weiterer Streitpunkt ist die Frage der künftigen Währung eines allenfalls unabhängigen Schottlands.

SEBASTIAN BORGER

LONDON. Neben Fragen zur künftigen Machtverteilung zwischen London und Edinburgh steht wenige Tage vor der Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Schottlands erneut die Wirtschafts- und Finanzpolitik im Mittelpunkt der Debatte. Nachdem jüngste Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen voraussagten, schliesst sich US-Nobelpreisträger Paul Krugman den Warnungen britischer Analysten («Habt Angst, habt grosse Angst») an. Sollten die Schotten wirklich glauben, sie könnten als «Land ohne Währung» finanzielle Sicherheit geniessen, «dann sind sie schlimm in die Irre geführt worden», schrieb Ökonom Krugman in seiner Kolumne in der «New York Times». Wirtschaftsverbände berichten von ersten Anzeichen einer Kapitalflucht in den Süden Grossbritanniens.

Konzerne drohen mit Abzug

Nachdem Zahlen vom Wochenende erstmals den Nationalisten mit 51 zu 49 Prozent den Gewinn der Abstimmung prophezeit hatten, notierten die Börsenkurse schottischer Finanzkonzerne wie RBS, Standard Life oder Aberdeen Asset Management, von Baufirmen wie Weir oder des Energieversorgers SSE an der Londoner Börse deutlich tiefer. Die Grossbank RBS und der Versicherer Standard Life haben bereits vor Monaten ihren Umzug nach England angekündigt für den Fall, dass Schottland sich abspaltet. Für heute haben sich Premier David Cameron, Vizepremier Nick Clegg und Oppositionsführer Ed Miliband in Schottland angesagt, um für die Union zu werben. Dafür fällt sogar die berühmte Fragestunde im Parlament aus.

«Unser gemeinsames Pfund»

Für die Besorgnis der Wirtschaft spielt die ungeklärte künftige Währung des Landes eine wichtige Rolle. Die Edinburgher Regionalregierung unter Ministerpräsident Alex Salmond von



Bild: imgur.com

Die Ölraffinerie im schottischen Grangemouth bei Sonnenuntergang.

der Nationalpartei SNP spricht von «unserem gemeinsamen Pfund» und peilt im Fall der Unabhängigkeit eine Währungsunion mit London an. Dies haben die drei landesweiten Parteien, die Koalitionspartner Konservative und Liberaldemokraten sowie die oppositionelle Labour, ausdrücklich ausgeschlossen. «Wenn Schottland das Vereinigte Königreich verlässt, verlässt es auch das gemeinsame Pfund», betont der britische Finanzminister George Osborne.

«Bluff, Getöse und Mobbing»

Salmond hingegen spricht von «Bluff, Getöse und Mobbing des Westminster-Establishments» – und Umfragen deuten darauf hin, dass die Wählerschaft in Schottland tatsächlich ein Entgegenkommen Londons erwartet. Krugman warnt vor

dieser Annahme: «Die Risiken eines Alleingangs sind riesig.»

Salmonds zur Schau getragener Optimismus gründet vor allem auf zusätzlichen Einnahmen aus der Öl- und Gasförderung in der Nordsee und im Atlantik. Zwar gehen beide Seiten darin

ABB-Grossauftrag Seekabelverbindung in Schottland

Für 800 Mio. \$ baut ABB eine Anlage zur Hochspannungsgleichstrom-Übertragung. Dazu gehören See- und Erdkabel von 160 km Länge. Die Leitung wird die Stromnetze auf beiden Seiten der nord-schottischen Meeresbucht Moray Firth verbinden. (T.G.)

einig, dass bis zu 90% der derzeitigen Ölplattformen von Schottland beansprucht werden können. Experten streiten aber über die Summen, die dem britischen (oder schottischen) Fiskus in den kommenden fünf Jahren zur Verfügung stehen werden. «Die Schätzungen reichen von 16 Milliarden bis zu 40 Milliarden Pfund», sagt David Simpson von der Glasgower Strathclyde-Universität. Der Professor, der den Nationalisten nahesteht, hält 30 Mrd. £ (45 Mrd. Fr.) für «die wahrscheinlichste Variante».

Steuereinnahmen überschätzt

Hingegen warnt John McLaren von der unabhängigen Edinburgher Denkfabrik Fiscal Fair Scotland vor über grossem Optimismus. Selbst die eher konservativ rechnende Londoner Budgetbehörde OBR hat seit 2010

«die Steuereinnahmen jedes Jahr überschätzt», sagt McLaren. In jedem Fall geht es beinahe ausschliesslich um Steuereinnahmen; die gewaltigen Gewinne der Privatfirmen verschwinden in den Taschen der Aktionäre, der Staat Grossbritannien (oder in Zukunft Schottland) verfügt über keine nennenswerten Beteiligungen. «Wir sind sehr schlecht darin, den künftigen Energiebedarf und seinen Preis vorherzusagen», resümiert der frühere Händler Andrew Kerr von der Universität Edinburgh. Immerhin steht fest: In den vergangenen Jahren wuchs der globale Energieverbrauch jedes Jahr um 1,5%. Öl und Gas werden noch auf Jahrzehnte hinaus eine wichtige Rolle als Energieträger spielen – allen Anstrengungen zum Ausbau erneuerbarer Quellen zum Trotz.

Der Ölpreis sinkt und sinkt

Rohöl kostet so wenig wie zuletzt vor einem Jahr. Trotz Kriegen und Krisen in wichtigen Förderländern drücken eine gedämpfte Nachfrage und ein reichliches Angebot die Preise. Das tut vielen Ölländern weh.

CHRISTIAN MIHATSCH

Anfang Woche hat der Preis für ein Fass Öl (159 Liter) der Nordseesorte Brent erstmals seit 14 Monaten die Marke von 100 \$ unterschritten. Grund sind laue Konjunkturnachrichten der beiden weltgrössten Ölkonsumenten: In den USA wurden im August weniger neue Stellen geschaffen als erwartet, und in China gingen die Importe weiter zurück. Beides deutet auf eine Verlangsamung der Konjunktur und damit der Ölnachfrage hin. Zudem herrscht ein Überfluss an Öl. So ist es Libyen gelungen, seine Ölförderung in den letzten drei Monaten um 80% auf 720 000 Fass pro Tag zu steigern. Ausserdem hält der Boom des Schieferöls in den USA an.

Trotz der vielen Krisen in Ölländern ist der Ölpreis seit Mitte Juni um 15% gefallen. Weder Ebola in Nigeria noch der Vormarsch des Islamischen Staats in Irak noch die westlichen Sanktionen gegen russische Ölkonzerne vermochten den Ölpreis zu stabilisieren. Auffällig ist: Der

Ölpreis ist in den Sommermonaten gefallen, obwohl dann die Ölnachfrage relativ hoch ist, wie Citigroup-Analyst Eric Lee sagt: «Der Preisrückgang begann mitten im Sommer. Daher sollte man keinen Anstieg der Preise erwarten. Am Jahresende gibt es keine grössere Nachfrage.» Genau umgekehrt argumentiert das Ölkartell Opec: «Es ist kein permanenter Preisrückgang. Wir nähern uns dem Winter und erwarten steigende Preise.»

Staatsausgaben aufgebläht

Experten beobachten besonders, wie Saudi-Arabien auf den Preisrückgang reagiert. «Der Fall des Ölpreises auf unter 100 Dollar dürfte heissen, dass Saudi-Arabien mit diesem Niveau zufrieden ist», sagt Analyst Peter Helles von der Bank of America Merrill Lynch. Laut dem saudischen Ölminister Ali al-Naimi könnte der Preis gar noch weiter fallen, bevor das Königreich die Produktion drosselt: «110 Dollar, 100 Dollar, 95 Dollar ist ein guter Preis.» Tatsächlich: Selbst wenn der Ölpreis auf 95 \$ fällt, hat

Saudi-Arabien immer noch einen ausgeglichenen Staatshaushalt (siehe Tabelle). Viele andere Opec-Länder und Russland haben hingegen ihre Staatsausgaben derart aufgebläht, dass sie einen Ölpreis von über 100 \$ benötigen, um ein Budgetdefizit zu

Ölländer unter Druck

Die Tabelle zeigt den Rohölpreis pro Fass, den ein Land für einen ausgeglichenen Staatshaushalt braucht. Momentan notiert der Preis knapp unter 100 Dollar.

Land	Ölpreis
Qatar	58 \$
Kuwait	59
Vereinigte Arabische Emirate	90
Saudi-Arabien	92
Angola	94
Libyen	111
Russland	114
Irak	116
Venezuela	117
Algerien	119
Ecuador	122
Nigeria	124
Iran	136

Quelle: Reuters, Tabelle: sgt

vermeiden. Die Folgen eines niedrigen Ölpreises sind besonders in drei Ländern interessant.

Iran unter Zugzwang

● Russland hat Devisenreserven von 644 Mrd. \$. Ein Haushaltsdefizit wäre also verkraftbar. Jedoch stützt Moskau den grössten russischen Ölkonzern Rosneft, der nach der Übernahme des Rivalen TNK-BP mit 40 Mrd. \$ verschuldet ist, wegen der westlichen Sanktionen mit einer Finanzspritze von 40,6 Mrd. \$.
● Venezuela ist auch bei einem höheren Ölpreis faktisch pleite. Das Land schuldet Airlines und Importeuren über 13 Mrd. \$.
● Iran kommt der Verfall des Ölpreises höchst ungelegen. Dies erhöht den Druck auf Teheran, in den Atomverhandlungen zu einem Ergebnis kommen. Das ist Voraussetzung für eine Aufhebung der westlichen Sanktionen. Kommt hinzu: Saudi-Arabien und Iran buhlen um die Vorherrschaft im Mittleren Osten. Wenn da der Ölpreis so tief ist, dass es Iran schadet, kann das den Saudis nur recht ein.

Verurteilt wegen Insiderhandels

NEW YORK. Die US-Justiz hat ein weiteres Urteil wegen Insiderhandels gefällt. Der ehemalige Hedge-Fonds-Manager Mathew Martoma wurde wegen illegaler Absprachen bei Finanzgeschäften zu neun Jahren Haft verurteilt, wie Bundesstaatsanwalt Preet Bharara in New York sagte. Martoma arbeitete für Steven A. Cohens Wall-Street-Firma SAC Capital Advisors. Dieser war im vergangenen November bereits eine Strafe von 1,8 Mrd. \$ auferlegt worden. Laut Bharara brachten Martomas verbotene Transaktionen der SAC 250 Mio. \$ ein und ihm selbst einen Bonus von 9 Mio. \$. Auch Martomas früherem SAC-Kollegen Michael Steinberg droht eine Haftstrafe. Bei der SAC sollen für Spekulationen an den Finanzmärkten verbotenerweise Tips von Informanten aus Unternehmen genutzt worden sein – und das über ein Jahrzehnt lang. Die US-Justiz greift bei Insiderhandel auch gegen verantwortliche Manager rigoros durch. Wall-Street-Grössen wie der frühere Goldman-Sachs-Verwaltungsrat Rajat Gupta oder Hedge-Fonds-Manager Raj Rajaratnam haben ebenfalls Haftstrafen erhalten. (dpa)